

Bürkle, Konstantin; Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona; Xemaire, Simon

Article

Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen: Ökonomen bewerten wirtschaftliche Auswirkungen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Bürkle, Konstantin; Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona; Xemaire, Simon (2024) : Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen: Ökonomen bewerten wirtschaftliche Auswirkungen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 77, Iss. 10, pp. 49-52

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/306137>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konstantin Bürkle, Aaron Günther, Niklas Potrafke, Ramona Schmid und Simon Xemaire

Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen: Ökonomen bewerten wirtschaftliche Auswirkungen

Nach den Landtagswahlen am 1. September 2024 blickt nicht nur die Bundesregierung besorgt auf die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen. Ökonominnen und Ökonomen sowie Wirtschaftsverbände warnen vor einer Abwanderung von Fachkräften und erwarten negative wirtschaftliche Konsequenzen. Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen nehmen wir im 48. Ökonomenpanel von ifo und FAZ zum Anlass, VWL-Professorinnen und VWL-Professoren in Deutschland nach ihrer Einschätzung zu den ökonomischen Auswirkungen der Wahlergebnisse zu befragen. An der Umfrage im Zeitraum vom 3. bis zum 10. September nahmen 185 Ökonominnen und Ökonomen teil.

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN AUF WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG ERWARTET

Mit 30,6 % der Stimmen liegt die Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen fast gleichauf mit der CDU von Ministerpräsident Michael Kretschmer (31,9 %). Aus dem Stand erzielt das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ein Wahlergebnis von 11,8 %. Um weiter regieren zu können, wäre die CDU auf eine Zusammenarbeit mit dem BSW und der SPD angewiesen. Die Effekte dieser Wahlergebnisse auf die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens schätzen mehr als die Hälfte der Teilnehmenden am Ökonomenpanel als negativ (56 %) bzw. sehr negativ (11 %) ein (vgl. Abb. 1). Keinerlei ökonomische Auswirkungen erwarten 28 % der Teilnehmenden. Positive (3 %) oder sogar sehr positive (1 %) Effekte werden nur von einer kleinen Minderheit der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren erwartet. Mit »Weiß nicht« antworten 2 % der Teilnehmenden.

Die AfD ist bei der Landtagswahl in Thüringen mit 32,8 % der Stimmen stärkste Kraft und landet damit deutlich vor der CDU (23,6 %). Das BSW erreicht bei seiner ersten Landtagswahl 15,8 % und damit den dritten Platz. Die Linkspartei von Ministerpräsident Bodo Ramelow, 2019 noch stärkste Kraft, fällt auf den vierten Platz (13,1 %) zurück. Die Regierungsbildung in Thüringen gestaltet sich somit äußerst schwierig. Eine mögliche Minderheitsregierung aus CDU, BSW und SPD wäre nur möglich, wenn DIE LINKE (oder Teile ihrer Abgeordneten) des Bündnis toleriert. Die Effekte des Wahlergebnisses in Thüringen stufen rund ein Drittel

IN KÜRZE

Das 48. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich den wirtschaftlichen Auswirkungen der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. Die Mehrheit der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen erwarten negative wirtschaftliche Folgen, wobei diese für Thüringen im Vergleich zu Sachsen stärker ausfallen. Die Teilnehmenden sehen durch das Wahlergebnis der Alternative für Deutschland (AfD) vor allem Risiken in der sinkenden Attraktivität für Fachkräfte und für Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Die negativen Folgen durch den Wahlerfolg des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) werden als etwas geringer eingeschätzt. Minderheitsregierungen könnten in Sachsen und Thüringen wegen ihrer geringeren Stabilität zu wirtschaftlich negativen Auswirkungen führen. Als Ursachen für das Wahlergebnis der AfD nennen die VWL-Professorinnen und VWL-Professoren am häufigsten die Migrationspolitik der Bundesregierung und die Unzufriedenheit mit der Ampel-Koalition auf Bundesebene. Letzteres wird neben dessen Haltung zum Krieg in der Ukraine auch als wichtiger Grund für das Ergebnis des BSW angesehen.

(34 %) der Teilnehmenden am Ökonomenpanel als sehr negativ ein. Weitere 40 % sehen negative Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung. Weder positive noch negative Entwicklungen erwarten 21 % der Teilnehmenden. Positive (2 %) bzw. sehr positive (1 %) Effekte, die aus dem Wahlergebnis in Thüringen resultieren, sieht hingegen kaum jemand. Etwa 2 % antworten mit »Weiß nicht«. Diese Erwartungen decken sich mit aktuellen Forschungsergebnissen, die negative Auswirkungen von Populisten in der Regierung auf wirtschaftliche Kennzahlen zeigen (Dörr et al. 2024).

SINKENDE ATTRAKTIVITÄT FÜR FACHKRÄFTE DURCH AFD-WAHLERFOLGE

Die Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Thüringen sorgen unter den VWL-Professorinnen und VWL-Professoren für deutliche Reaktionen. Die Folgen für Sachsen und Thüringen als Wirtschaftsstandort be-

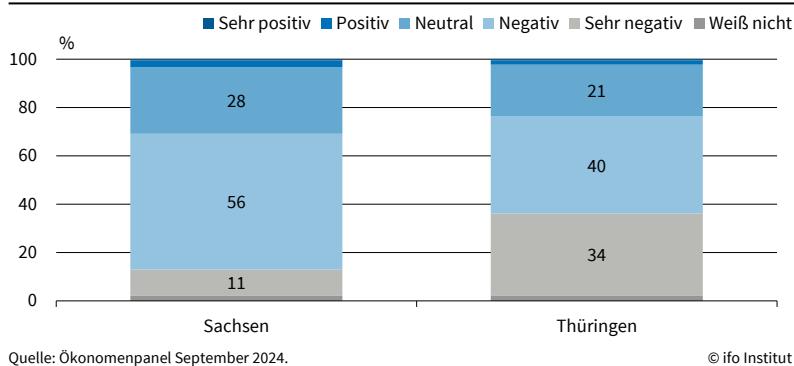
werten knapp 80% der Teilnehmenden negativ bzw. sehr negativ (vgl. Abb. 2). Rund 17% sehen keine Auswirkungen und nur rund 3% sehen positive bzw. sehr positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort des jeweiligen Bundeslands. Hinsichtlich der Effekte auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen sehen die Ökonominnen und Ökonomen ähnliche Tendenzen. Sie begründen dies damit, dass ansässige Unternehmen zwar nicht gleich wegziehen, aber Investitionen drosseln könnten. Geplante Neuansiedlungen könnten schneller abgesagt werden. Auch würde die

Politik, für die die AfD steht, die Attraktivität für Unternehmen und Fachkräfte gegenüber den westlichen Bundesländern reduzieren. Besonders die negativen Auswirkungen auf die Attraktivität für Fachkräfte sehen die Teilnehmenden als gravierend an. Allein 54% stufen die Folgen der Wahlergebnisse der AfD als sehr negativ ein und weitere 30% als negativ. Nur 10% sehen keine Auswirkungen; 4% schätzen die Folgen als positiv bzw. sehr positiv ein. Die Attraktivität für Fachkräfte, in Thüringen oder Sachsen zu arbeiten, würde aufgrund einer starken AfD weiter sinken. Nicht nur ausländische, sondern auch einheimische Akademikerinnen und Akademiker würden nunmehr ein unattraktives Klima vorfinden. Gerade im Hinblick auf den schon vorhandenen Fachkräftemangel ist diese Entwicklung bedenklich (Bennewitz et al. 2023).

Abb. 1

Auswirkungen der Landtagswahlen auf die wirtschaftliche Entwicklung

Welche Effekte erwarten Sie von den Ergebnissen der Landtagswahlen auf die wirtschaftliche Entwicklung im jeweiligen Bundesland?



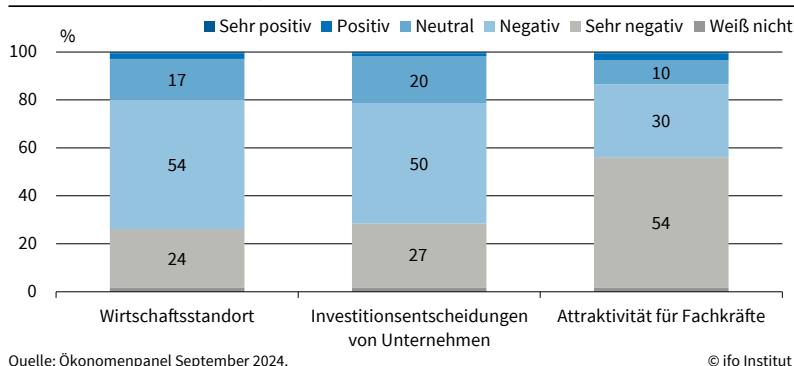
Quelle: Ökonomenpanel September 2024.

© ifo Institut

Abb. 2

Folgen der Wahlergebnisse der AfD

Wie schätzen Sie die Folgen der Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD) auf folgende Bereiche in Sachsen und Thüringen ein?



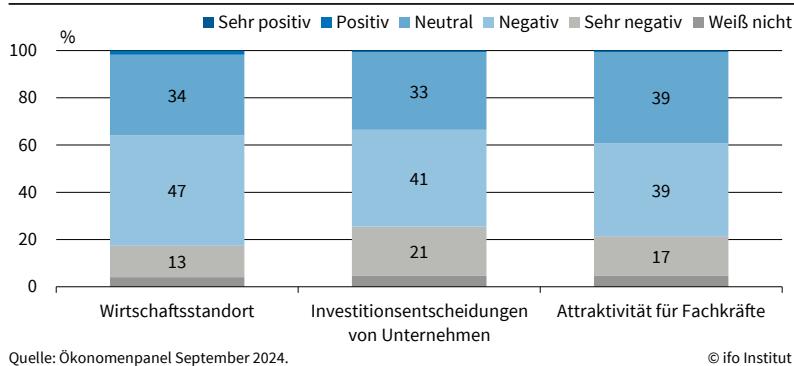
Quelle: Ökonomenpanel September 2024.

© ifo Institut

Abb. 3

Folgen der Wahlergebnisse des BSW

Wie schätzen Sie die Folgen der Wahlergebnisse des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) auf folgende Bereiche in Sachsen und Thüringen ein?



Quelle: Ökonomenpanel September 2024.

© ifo Institut

WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN VON MINDERHEITSREGIERUNGEN WERDEN EHER NEGATIV EINGESCHÄTZT

Da die Koalitionsbildungen in beiden Bundesländern kompliziert sind, wird in der Öffentlichkeit auch

über die Möglichkeit von Minderheitsregierungen als Alternative zu Mehrheitsregierungen diskutiert (Rösel 2024; Günther und Potrafke 2024). Bei der Frage, ob eine Minderheitsregierung in einem der Bundesländer negative wirtschaftliche Folgen hat, neigen die VWL-Professorinnen und VWL-Professoren zu negativen Folgen. Eine relative Mehrheit von 43% bejaht die Frage und rechnet mit negativen wirtschaftlichen Auswirkungen (vgl. Abb. 4). Ihre Hauptargumente beziehen sich auf die politische Instabilität einer Minderheitsregierung, die zu Unsicherheit bei wirtschaftlichen Akteuren führt. Zudem könnten wichtige Reformen verzögert werden, da die Mehrheitsfindung erschwert ist. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD noch stärkere negative Auswirkungen hätte. Hingegen rechnen 31% der Ökonominnen und Ökonomen nicht mit negativen wirtschaftlichen Folgen im Falle einer Minderheitsregierung. Als Gründe nennen sie, dass die Wirtschaftspolitik eines Bundeslands generell nur einen geringen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Lage hat. Außerdem werden positive Beispiele von Minderheitsregierungen aus anderen Ländern wie Dänemark und den Niederlanden angeführt, die erfolgreich regiert haben. 27% der Teilnehmenden antworten mit »Weiß nicht«.

WICHTIGSTE FAKTOREN FÜR DEN ERFOLG DER AFD: MIGRATIONSPOLITIK UND UNZUFRIEDENHEIT MIT DER AMPEL

Gefragt nach den Gründen für den Wahlerfolg der AfD bei den Landtagswahlen sehen die teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen die Ursachen primär auf der Bundesebene. Insgesamt 84% ordnen die Migrationspolitik der aktuellen und vorherigen Bundesregierungen als Ursache ein (vgl. Abb. 5). Die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Ampel-Koalition auf Bundesebene sehen 76% als wichtige Ursache. Andere mögliche Gründe auf Landesebene werden weniger oft genannt. So stufen nur 35% der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren die demografische Entwicklung in Ostdeutschland als Faktor ein und lediglich 16% sehen die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland als entscheidenden Wahlgrund für die AfD. Weitere 11% nennen die Unzufriedenheit mit der Landesregierung als Faktor. Unter den ergänzenden weiteren Ursachen wird von den Teilnehmenden die Unzufriedenheit mit der Ukrainepolitik sowie die Frage von Krieg und Frieden genannt. Zudem sprechen einige das Gefühl des »Abgehängtseins« der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern an. Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage möglich.

Bei den Faktoren für den Wahlerfolg des BSW werden von den Teilnehmenden die gleichen Gründe am häufigsten angegeben, wenngleich die Migrationspolitik etwas seltener (71%) genannt wird. Auch hier gehen viele der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren von einer Protestwahl gegen die Politik der Ampel-Regierung aus (74%). Weitere zur Auswahl ste-

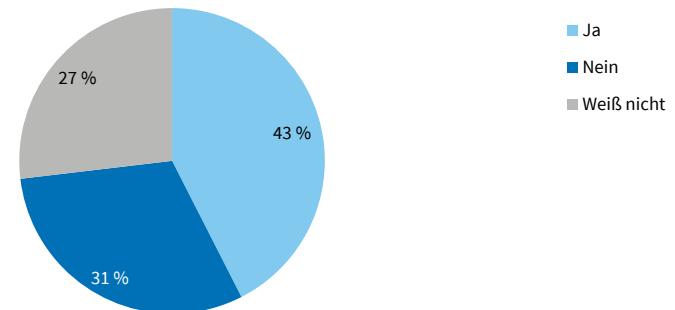
hende Faktoren wie zum Beispiel der demografische Wandel und die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland werden ähnlich bewertet wie es bei Gründen für den Wahlerfolg der AfD der Fall ist. Unter den ergänzenden Faktoren sprechen die Ökonominnen und Ökonomen vor allem die Russlandpolitik des BSW und dessen Haltung zum Krieg in der Ukraine, die in Ostdeutschland tendenziell mehr Anklang findet, als weiteren wichtigen Grund für die Wahlentscheidung an. Die Popularität der Gründerin des Bündnisses, Sahra Wagenknecht, wird ebenfalls als Wahlgrund genannt.

KEINE GROSSEN UNTERSCHIEDE ZWISCHEN EINSCHÄTZUNG IN OST UND WEST

Eine interessante Frage ist, ob sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Landtagswahlen zwischen VWL-Professorinnen und VWL-Professoren an westdeutschen Universitäten und ihren Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland unterscheidet. 16% der Teilnehmenden arbeiten an ostdeutschen Universitäten, wobei Berlin in der Analyse weder als ost- noch als westdeutsch gezählt wurde. Die Ergebnisse zeigen nur geringe Unterschiede zwischen den Antworten der Ökonominnen und Ökonomen in Ost- und Westdeutschland zur Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen der Landtagswahl in Sachsen. Tenden-

Abb. 4

Negative Folgen einer Minderheitsregierung auf die wirtschaftliche Entwicklung
Denken Sie, eine Minderheitsregierung hätte negative Folgen auf die wirtschaftliche Entwicklung des betroffenen Bundeslands?

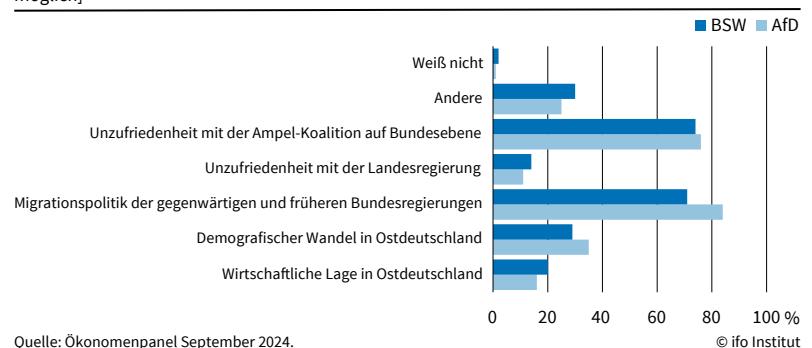


Quelle: Ökonomenpanel September 2024.

© ifo Institut

Abb. 5

Ursachen für den Wahlerfolg von AfD und BSW
Was sehen Sie als die wichtigsten Faktoren für den Wahlerfolg der Alternative für Deutschland (AfD) bzw. des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei den Landtagswahlen an? [Mehrfachnennungen möglich]



© ifo Institut

Tab. 1

Einschätzung möglicher Auswirkungen der Landtagswahlen...

% der Teilnehmenden

	Ostdeutschland	Westdeutschland
... auf die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen		
Sehr positiv/positiv	7	3
Neutral	31	27
Sehr negativ/negativ	62	70
... auf die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen		
Sehr positiv/positiv	3	2
Neutral	31	21
Sehr negativ/negativ	66	77
... auf negative wirtschaftliche Auswirkungen einer Minderheitsregierung		
Ja	36	43
Nein	36	31
Weiß nicht	29	26

Quelle: Ökonomenpanel September 2024.

© ifo Institut

Interessanterweise stehen VWL-Professorinnen und VWL-Professoren an ostdeutschen Universitäten Minderheitsregierungen etwas offener gegenüber. Während 43 % der westdeutschen Kolleginnen und Kollegen negative Folgen einer Minderheitsregierung erwarten, sind es in Ostdeutschland lediglich 36 %. Dieser Unterschied könnte durch die Erfahrung mit der Minderheitsregierung vor Ort in Thüringen über die vergangenen vier Jahre erklärt werden. Insgesamt bleiben die Einschätzungen der Teilnehmenden am Ökonomenpanel aus Ost- und Westdeutschland jedoch sehr ähnlich.

REFERENZEN

Bennewitz, E., S. Klinge, N. Neu-Yanders, U. Leber und B. Schwengler (2023), *Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine auf die Betriebe in Deutschland und weitere Ergebnisse des IAB-Betriebspansels 2022*, IAB-Forschungsbericht 15/2023.

Dörr, L., N. Potrafke, F. Rösel und T. Tähtinen (2024), »Welche Politik verfolgen Populisten an der Macht? Ergebnisse ausgewählter Studien«, *ifo Schnelldienst* 77(3), 30–32.

Günther, A. und N. Potrafke (2024), »Eine Alternative zur Unregierbarkeit? Minderheitsregierungen in den deutschen Bundesländern«, *ifo Schnelldienst* 77(9), 51–56.

Rösel, F. (2024), »Mythen und Wahrheit: Landtagswahlen in Ostdeutschland«, *Wirtschaftsdienst* 104(9), 586–587.

ziell bewerten die Teilnehmenden aus Ostdeutschland die Entwicklung etwas positiver (vgl. Tab. 1). Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den wirtschaftlichen Auswirkungen in Thüringen: Zehn Prozentpunkte mehr Teilnehmende aus Ostdeutschland bewerten die Folgen als neutral, während weniger von ihnen die Folgen als negativ oder sehr negativ einschätzen.